

3. Das Internet – Mittel der Demokratisierung?

Auf Basis der bisherigen Ausführungen lassen sich nunmehr mögliche Beiträge des Internets zu gesellschaftlicher Veränderung und Demokratisierung diskutieren. Tatsächlich machen bestimmte Qualitäten die verschiedenen Anwendungsformate des Internets für eine Nutzung durch machtpolitisch und sozial unterprivilegierte Akteure außerordentlich attraktiv. Mit Hinblick auf die zuvor dargestellten Einflussfaktoren für Wirkungsleistungen von Medien in der politischen Transformation (Grad der autoritären Kontrolle, Medienformat und -reichweite, Medienzugang von Zivilgesellschaft und Opposition) zeigen sich entscheidende Vorteile. Im Grunde vereint das Internet wesentliche Eigenschaften kleiner und großer Medien. Während seine netzwerkartige Struktur autoritäre Kontrolle und Zensur erheblich erschwert, erfordert die Anwendung nur geringen Material- und Kostenaufwand. Zusätzlich zu dieser Flexibilität kann das Internet im Zuge seiner rapiden Entwicklung immer besser verschiedene Kommunikationsformate – Texte, Bilder und Töne – über einen einzigen Kanal verbreiten. Damit stellt das Netz den Anwendern ein Informationsvolumen zum Abruf bereit, welches dasjenige der Massenmedien bei weitem übertrifft. Und auch die geographische Reichweite großer Medien scheinen Internetanwendungen zu überbieten, machen sie doch eine weltweite Übertragung möglich. Schließlich steht das Internet prinzipiell allen denkbaren Positionen offen, die hier unabhängig von dem für andere Medien typischen „gatekeeping“ geäußert werden können. Politische Herausforderer, die bislang durch die autoritäre Zensur nationaler Medien, die Nachrichtenschwellen internationaler Berichterstattung und den begrenzten Wirkungsradius alternativer Kommunikationsmittel keinen Zugang zu öffentlicher Repräsentation fanden, steht mit dem Internet grundsätzlich die Möglichkeit zur Verfügung, ein Publikum auf lokaler, regionaler oder gar globaler Ebene anzusprechen und Gleichgesinnte zu finden.¹

1 Hafez, Kai: Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 153.

Aufgrund seiner Potentiale hat das Internet selbst in etablierten Demokratien Erwartungen auf eine „Redemokratisierung“ der wirtschaftlichen und politischen Zwängen unterworfenen massenmedialen Öffentlichkeit geweckt. Das Internet wurde dementsprechend als offenes und hierarchiefreies Kommunikationsforum angesehen. In den 1990er Jahren wurden im Netz gebildete „*virtual communities*“ als multikulturelle und emanzipierte Gemeinschaften beschrieben, deren Mitglieder einen Austausch über alle Grenzen hinweg pflegten.² Auch Schlagworte wie „*cyber democracy*“ verdeutlichten die Hoffnung, durch Diskussionen, Umfragen und Wahlen im Internet eine direkte Partizipation der Gesellschaft an politischen Diskursen und Entscheidungen wieder erhöhen zu können.³ Bezeichnenderweise sind derartige Hoffnungen mit der Entstehung neuer Internetanwendungen nahezu reflexartig immer wieder aufgeflammt. Nach 2000 eröffnete die rasche Verbreitung von Weblogs Nutzern eine unkomplizierte Möglichkeit, eigenständig und aktuell im Internet zu publizieren. Die offene Struktur und Dialogorientierung der „Blogosphäre“ stellten dabei die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten mit bislang marginalisierten Stimmen und Themen in Aussicht. Als neue Form des Bürgerjournalismus sollten Blogs die Berichterstattung etablierter Massenmedien kritisch ergänzen und den Teilnehmerkreis öffentlicher Debatten erweitern.⁴ Ähnliche Erwartungen gingen auch mit nachfolgenden Anwendungen des sogenannten Web 2.0 einher, durch die Internetnutzer ohne spezielle Vorkenntnisse selbst Netzinhalte aktiv gestalten können. Soziale Netzwerke wie Facebook, Projekte zur Generierung kollektiven Wissens wie Wikipedia oder Videoplattformen wie YouTube sollten demnach auch neue Formen zivilgesellschaftlicher Aktivität und Vernetzung ermöglichen. Im Gegenzug würden Politiker direkter mit den Wählern kommunizieren und sich intensiver mit den Anliegen der Gesellschaft auseinandersetzen.⁵ Aufschwung haben solche Hypothesen beispielsweise durch den amerikanischen Wahlkampf 2008 erhalten, in dem Barack Obama über soziale Netzwerke und Videobotschaften im Internet erfolgreich Anhänger mobilisierte und Spenden eintrieb. Doch auch der Einsatz

-
- 2 Rheingold, Howard: „The Virtual Community“, in: Trend, David (Hg.), *Reading Digital Culture*, Oxford: Wiley-Blackwell 2000, S. 272-80.
 - 3 Poster, Mark: „Cyberdemocracy: The Internet and the Public Sphere“, in: Trend, David (Hg.), *Reading Digital Culture*, Oxford: Wiley-Blackwell 2000, S. 259-71; Tsagarousianou, Roza/Tambini, Damian/Bryan, Cathy (Hg.): *Cyberdemocracy. Technology, cities and civic networks*, London/New York: Routledge 1998.
 - 4 Schmidt, Jan: *Weblogs. Eine kommunikationssoziologische Studie*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH 2006, S. 9, 119ff; Drezner, Daniel W./Farrell, Henry: „The Power and Politics of Blogs“, Konferenzpapier: American Political Science Association 2004.
 - 5 Bohnen, Johannes/Kallmorgen, Jan-Friedrich: „Wie Web 2.0 die Politik verändert“, in: *Internationale Politik* Juli/August (2009), S. 18-25.

neuer Kommunikationstechnologien zur Überwachung von Wahlen in afrikanischen Ländern und nicht zuletzt die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Informationsverbreitung der Protestbewegungen in Iran, Tunesien und Ägypten scheinen das Demokratisierungspotential digitaler Medien zu unterstreichen.⁶

GRENZEN

Allen positiven Voraussetzungen zum Trotz erlauben die technischen Möglichkeiten des Internets jedoch keine vorschnellen Schlüsse auf seine politisch wirksame Nutzung. Der Utopie eines hierarchielosen und frei zugänglichen Cyberspace, welche die Entwicklung dieses Mediums zweifellos prägte, stehen zunächst die Bedingungen der Realität „offline“ entgegen.⁷ An erster Stelle finden sich hier die häufig unter dem Begriff des „digitalen Grabens“ thematisierten ungleichen Zugangs- und Nutzungschancen. Besonders deutlich sind diese Unterschiede zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, wobei letztere vor allem über infrastrukturelle Vorteile beim Ausbau ihrer Kommunikationsnetze und der damit einhergehenden Entwicklung des Internets verfügen. Eine weitere Begünstigung stellen Breitbandverbindungen mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit dar, die völlig andere Anwendungsformen des Internets ermöglichen. Doch auch Faktoren wie Bildung, Einkommen und sozialer Hintergrund führen zu quantitativen und qualitativen Differenzen der Nutzung zwischen verschiedenen Staaten sowie innerhalb einzelner Gesellschaften. Dies hat zur Folge, dass ohnehin benachteiligte Länder und Bevölkerungsgruppen durch Defizite beim Zugriff auf Informationstechnologien zusätzlich gehemmt werden. In vielen Entwicklungsländern beschränken mangelhafte Infrastruktur, Armut und unzureichende Alphabetisierung die Nutzung des Internets auf städtische Bildungseliten. Im Gegenzug steigt der Einfluss von Massenmedien wie Radio oder Fernsehen, die einer höheren autoritären Kontrolle unterstehen können.

6 Diamond: *Liberation Technology*; Kohl, Astrid/Wieland, Melanie (Hg.): „Election Times: Harnessing the Power of New Media“, International Media Conference by the International Institute for Journalism in Cooperation with Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin: InWEnt 2009; Bailard, Catie Snow: „A Field Experiment on the Internet’s Effect in an African Election: Savvier Citizens, Disaffected Voters, or Both?“, in: *Journal of Communication* 62 (2012), S. 330-44.

7 Weiß, Ulrich: „Das Politische am Internet: Eine politikphilosophische Reflexion“, in: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hg.), *Demokratie und Internet*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 27-42.

Gerade hier besteht das Risiko, dass Ungleichheiten noch verstärkt werden und dominante Akteure ihre Position weiter ausbauen.⁸

Darüber hinaus bleibt trotz der wachsenden Präsenz anderer Sprachen Englisch nach wie vor die wichtigste Grundlage grenzüberschreitender Kommunikation im Internet. So können zwar regionale sowie unter Einbeziehung von Exilgemeinden auch transnationale Öffentlichkeiten in anderen Sprachen entstehen, ein Anschluss an die „*global civil society*“ jedoch vollzieht sich prinzipiell noch immer über Verwendung des Englischen. Fehlt die gemeinsame sprachliche Ebene, finden wesentliche Effekte der Vernetzung lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure mit potentiellen internationalen Mitstreitern ganz einfach nicht statt. Umgekehrt repräsentieren die „virtuellen“ Ansprechpartner westlicher Medien und NROs in den Entwicklungsländern oftmals nicht die Belange der Mehrheitsgesellschaft, sondern einer kleinen liberal orientierten Elite.⁹

Mit Hinblick auf mögliche Beiträge des Internets zu demokratischer Veränderung stellt sich jedoch nicht nur die Frage, ob und welche gesellschaftlichen Akteure Zugang zum Internet haben, sondern auch wie sie es nutzen. In westlichen Ländern ist das Netz für einen Großteil der Anwender eher eine Quelle der Unterhaltung, als ein Medium zur Gewinnung politischer Information.¹⁰ Selbst der Publikation eines eigenen Weblogs, einer aktiven Beteiligung an Onlinekommunikation also, liegen meist individuelle Interessen der Selbstdarstellung und Beziehungspflege zu Grunde.¹¹ In Marokko, einem Land, in dem politische Freiheiten durchaus gewissen Einschränkungen unterworfen sind, suchen Jugendliche ebenfalls vor allem

8 Kluver, Randolph/Banerjee, Indrajit: „Political culture, Regulation and Democratization. The Internet in nine Asian nations“, in: Information, Communication and Society 8 (1) (2005), S. 30-46; Leslie, Michael: „The Internet and Democratization“, in: Hyden, Goran/Leslie, Michael/Ogundimu, Folu (Hg.), Media and democracy in Africa, New Brunswick/New Jersey: Transaction Publishers 2002, S. 107-28; Ott, Dana/Rosser, Melissa: „The Electronic Republic? The Role of the Internet in Promoting Democracy in Africa“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), The Internet, Democracy and Democratization, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 137-56. Außerdem: Ball-Rokeach, Sandra J./Jung, Joo-Young: „Digital Divide“, in: Donsbach, Wolfgang (Hg.), The International Encyclopedia of Communication, Oxford: Blackwell (Blackwell Reference Online) 2008; Norris, Pippa: Digital Divide: Civic engagement, information poverty, and the Internet worldwide, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2001.

9 Hafez: Mythos, S. 149ff.

10 Margolis, Michael/Resnick, David: Politics as Usual. The Cyberspace ‚Revolution‘, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 2000.

11 Schmidt: Weblogs, S. 43, 69ff.

Zerstreuung und die Realisierung persönlicher Bedürfnisse im Internet.¹² Auch in einem autoritären System muss eine ablehnende politische Haltung also nicht zwangsläufig zum oppositionellen Einsatz des Internets führen. Das Medium kann ebenso zur Ablenkung von der als bedrückend empfundenen Existenz im repressiven Staat genutzt werden und somit politisches Engagement eher hemmen als fördern.¹³ Und schließlich bedeutet selbst Internetaffinität in Kombination mit aktiver Herausforderung bestehender politischer Verhältnisse nicht automatisch eine Neigung zu Liberalität und Demokratie: extremistische Gruppierungen haben die Vorteile des Mediums ebenso für sich entdeckt.¹⁴

Damit erweist sich die Ausbildung von politischer Kultur und Zivilgesellschaft als grundlegender Faktor für eine mögliche Rolle des Internets im Transformationsprozess – ebenso wie dies schon zuvor für andere Medien erläutert wurde. Die bloße Disponibilität der Technologie allein bedingt nicht ihren Einsatz zur demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft. George zeigt beispielsweise, dass in Malaysia kritischer Onlinejournalismus weitaus ausgeprägter ist, als im benachbarten Singapur, obwohl dort das Internet einen höheren Entwicklungsstand erreicht hat. In Malaysia bestanden bereits vor Ausbreitung des Internets Grundlagen einer kritischen Presse, deren Akteure die neue Kommunikationsmöglichkeit dann für sich entdeckten und dabei auf die Ressourcen bereits existierender zivilgesellschaftlicher Netzwerke mit ähnlich oppositioneller Orientierung bauen konnten. Im Gegensatz dazu ist die in Bezug auf unabhängige Berichterstattung ähnlich restriktive Regierung in Singapur deutlich erfolgreicher, Geschlossenheit innerhalb der Mächtigsten herzustellen und potentielle Herausforderer zu vereinnahmen, so dass sich trotz besserer Verfügbarkeit des Internets keine vergleichbare politische Anwendung beobachten lässt.¹⁵ Andere Untersuchungen aus asiatischen oder afrikanischen Ländern kommen ebenfalls zu dem Schluss, dass das Internet als Mittel politischer Kommunikation vor allem dort Wirkung entfaltet, wo Zivilgesellschaft und Opposition bereits organisiert sind und ihren Positionen auch über Medien in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen suchen.¹⁶ Howard geht schließlich sogar soweit zu behaupten,

12 Braune, Ines: Aneignungen des Globalen. Internetalltag in der arabischen Welt. Eine Fallstudie in Marokko, Bielefeld: transcript 2008, S. 169ff.

13 Weiß: Das Politische am Internet.

14 Chroust, Peter: „Neo-Nazis and Taliban On-Line: Anti-Modern Political Movements and Modern Media“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 102-18.

15 George, Cherian: „The internet’s political impact and the penetration/participation paradox in Malaysia and Singapore“, in: *Media, Culture and Society* 27 (6) (2005), S. 903-20.

16 Leslie: *Internet and Democratization*. S. 124.; Kluver/Banerjee: *Political culture*. S. 37.

dass eine online aktive Zivilgesellschaft mittlerweile zu einer wesentlichen Voraussetzung für eine demokratische Transition geworden ist.¹⁷

Zusätzliche Einschränkungen des demokratischen Potentials von Internetkommunikation erwachsen aus den Anwendungsregeln des Mediums selbst. Allein aufgrund der Tatsache, dass im Internet Inhalte in unbeschränkter Menge zum Abruf bereit stehen, erfordert eine politisch relevante Anwendung hohe Motivation seitens der Nutzer. Entsprechende Informationen müssen gezielt gesucht und verarbeitet werden („pull-medium“). Mit der hochgradigen Diversifizierung von Angeboten geht auch ein Verlust an redaktioneller Aufbereitung von Informationen einher, wie sie noch für traditionelle Medien charakteristisch ist. Daraus resultieren nicht nur erhöhte Anforderungen an die Medienkompetenz des Publikums, sondern auch eine schwindende Glaubwürdigkeit von Informationsquellen sowie Verzerrungen in der Wahrnehmung bestimmter Inhalte. So muss eine im Internet erfolgreich kommunizierende NRO nicht auch zwangsläufig über den entsprechenden Einfluss in ihrem realen Umfeld verfügen.¹⁸

Abgesehen davon, dass die Größe eines möglichen Rezipientenkreises von vornherein durch die unter dem Begriff des „digitalen Grabens“ zusammengefassten Faktoren bestimmt wird, entscheiden auch Charakteristika netzbasierter Öffentlichkeiten über Erfolg und Nichterfolg von Onlinekommunikation, die auf eine gewisse Publizität abzielt. Das Internet eröffnet zwar Akteuren, die mit Hinblick auf die von Wolfsfeld angeführten Ressourcenbereiche für Medienzugang und Bedeutungsgenerierung gegenüber anderen mit höherem Status benachteiligt sind, durchaus neue Chancen auf eine öffentliche Vermittlung ihrer Anliegen. Doch auch im Netz bleibt die Aufmerksamkeit, die ein Sprecher mit seinen Äußerungen erzielt, entscheidend. Bieber zufolge spielt die „kommunikative Öffnung“ von Onlinepublikationen eine „Schlüsselrolle für eine erfolgreiche Positionierung innerhalb der Netzöffentlichkeit“.¹⁹ Statische Inhaltspräsentationen im Sinne einer Kommunikation *one-to-many* finden sich demzufolge deutlich im Nachteil gegenüber solchen Angeboten, die ein hohes Maß an Interaktivität zulassen und damit Kontrolle über Inhalte teilweise an Nutzer abgeben. Nachdem anfänglich eher innovative Netzakteure dazu bereit gewesen sind, haben längst auch etablierte Medien und Politiker interaktive Formate wie Meinungsumfragen, Diskussionsforen und soziale Netzwerke in ihre Webseiten integriert. Den Online-Angeboten der klassischen Mas-

17 Howard: Digital Origins, S. 197.

18 Hafez: Mythos, S. 151.

19 Bieber, Christoph: Politische Projekte im Internet, Frankfurt/New York: Campus Verlag 1999, S. 194. Vgl. dazu auch: Marschall, Stefan: „Netzöffentlichkeit - eine demokratische Alternative?“, in: Gellner, Winand/Korff, Fritz von (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 43-54.

senmedien steht im Vergleich zu unabhängigen Internetpublikationen eine deutlich bessere finanzielle und redaktionelle Ausstattung zur Verfügung. Dadurch haben sie ihr Wirkungsfeld erfolgreich ins Internet ausgedehnt: im Bereich politischer Berichterstattung nehmen etwa Weblogs vor allem die Meldungen etablierter Medien auf, weniger die Beiträge von Mitbloggern. Damit sind Blogs zwar ein Ort vertiefter Diskussion, setzen aber nur in Ausnahmefällen eigene Themen.²⁰ Deutlich zeigt sich somit, dass – wie in herkömmlichen Öffentlichkeiten auch – im Internet eine Auseinandersetzung um Aufmerksamkeit und Status zwischen den Kommunikationsteilnehmern besteht, bei der die Onlinekommunikation eigene Regeln entfaltet, zugleich aber Faktoren der „Realwelt“ eine wichtige Rolle spielen und über Wirkung und Reichweite der Beiträge entscheiden.

Schließlich heben vor allem Analysen zur Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien in autoritären Staaten hervor, dass optimistische Perspektiven auf das demokratische Potential des Internets häufig dem Medium selbst einen politischen Charakter unterstellen und dabei vernachlässigen, dass dessen Anwendungen allen Nutzern offen stehen. Tatsächlich können auch undemokratische Regime äußerst erfolgreich von den Vorteilen des Internets profitieren und zugleich Aspekte, die sie als nachteilig wahrnehmen, einschränken.²¹ Einerseits werden in diesen Ländern unerwünschte Inhalte durch Zensur- und Filtersysteme sowie juristische Maßregeln unterdrückt. Dissidente Internetjournalisten und Blogger müssen mit Verhaftungen und Gefängnisstrafen rechnen.²² Nicht zuletzt haben soziale Medien wie Facebook auch neue Formen der Überwachung eröffnet, durch die Netzwerke und Verbindungen unter Oppositionellen aufgedeckt werden können.²³ Andererseits etabliert sich der autoritäre Staat durch ein aktives Engagement selbst als zentraler Akteur bei Ausbau und Weiterentwicklung des Internets. Allein das Staatsmonopol über die Infrastruktur der Telekommunikation erlaubt meist eine effektive Kontrolle des Onlineverkehrs und erschließt nebenbei neue wirtschaftliche Einkünfte. Webseiten staatlicher Institutionen und Firmen sowie Angebote von „e-government“ weiten den Machtbereich des Staates aus und ermöglichen die Realisierung politischer Entwicklungsziele. Durch intensive Onlinepräsenz geben sich autoritäre Machthaber einen Anschein von Modernität und erhöhen somit ihre Legitimität. China hat beispielsweise nicht nur eines der weltweit aufwändigsten Systeme zur Überwachung von Internetkommunikation entwickelt, sondern ist auch mit modernen Ver-

20 Schmidt: Weblogs, S. 135ff.

21 Kalathil/Boas: Open Networks, S. 2.

22 Reporters without Borders: Enemies.

23 Morozov, Evgeny: „The Great Internet Freedom Fraud“, in: Foreign Policy vom 16.09.2010.

sionen staatsnaher Informationsmedien im Netz präsent.²⁴ In Russland gelingt es der Regierung ebenfalls über eine massive Beteiligung am neu entstehenden Markt der Onlinemedien, ihre Positionen auch im Internet durchzusetzen.²⁵ In beiden Ländern beteiligen sich zudem zahlreiche „Auftragssurfer“ mit regimerefreundlichen Standpunkten an politischen Diskussionen im Netz.²⁶ Eine Kombination repressiver und proaktiver Strategien im Umgang mit dem Internet hat es autoritären Regimes ermöglicht, Internetkommunikation zu kontrollieren und zu beeinflussen, risikoarme Nutzungsformen zu fördern und Aufmerksamkeit für eigene Positionen zu erzeugen.²⁷ Sollen Beiträge von Internetkommunikation zur politischen Transformation eines autoritären Systems untersucht werden, gilt es demzufolge auch zu analysieren, inwieweit das Internet die zuvor dargestellten Pfeiler autoritärer Macht – Legitimation, Kooptation und Repression – positiv oder negativ beeinflusst. In Iran nutzt das Regime das Internet ebenfalls aktiv zur Propagierung eigener Positionen sowie zur Überwachung kritischer Stimmen.

Insgesamt wird deutlich, dass Überlegungen zu möglichen Leistungen des Internets in Prozessen politischer Transformation und Demokratisierung nicht von technologischem Determinismus geleitet werden dürfen: *„Internet bedeutet nicht immer und überall dasselbe, da sich die Bedeutung des Internets nicht durch die bloße Anwesenheit der technischen Voraussetzungen ergibt.“*²⁸ Entscheidend ist nicht das Potential des Mediums, sondern dessen tatsächliche Anwendung durch soziale Akteure. Das Internet sollte demnach als ein Werkzeug gesellschaftlichen Handelns verstanden werden, das dem Einfluss verschiedener kontextspezifischer Faktoren unterliegt.²⁹ Nicht seine direkte Wirkung auf politische Prozesse, sondern vielmehr die Art und Weise, wie es in bestehende Praktiken und Handlungsformen eingebettet wird sowie daraus entstehende Konsequenzen müssen im Mittelpunkt der Analyse stehen.³⁰ Aufschluss über die Rolle des Internets in der politischen Transformation liefert nur eine umfassende Beobachtung seiner Integration in die

24 Zheng, Yongnian/Wu, Guoguang: „Information Technology, Public Space, and Collective Action in China“, in: *Comparative Political Studies* 38 (5) (2005), S. 507-36, hier S. 518.

25 Alexander, Marcus: „The Internet and Democratization: The Development of Russian Internet Policy“, in: *Democratizatsiya* 12 (4) (2004), S. 607-27.

26 Morozov, Evgeny: „Texting Toward Utopia. Does the Internet spread Democracy?“, in: *Boston Review* vom März/April 2009.

27 Kalathil/Boas: *Open Networks*, S. 136ff.; Morozov: *Net Delusion*.

28 Braune: *Aneignungen*, S. 63.

29 George: *The internet*, S. 917.

30 Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.): *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*, London/New York: Routledge 2004, S. 6.

Aktivitäten von Herausforderern und deren soziale und politische Realität, welche sowohl den Hintergrund als auch den Gegenstand der Konflikte bildet, aus denen letztendlich Wandlungsprozesse erwachsen.

POTENTIALE

In Anbetracht der dargestellten Einschränkungen stellt sich also die Frage, welche Leistungen die verschiedenen Anwendungsformate des Internets tatsächlich für eine Öffnung oder gar Demokratisierung autoritärer Systeme vollbringen können. Die nachstehende Diskussion möglicher Beiträge von digitalen Medien zu den Handlungen zivilgesellschaftlicher und konfliktorientierter Akteure fokussiert drei grundlegende Bereiche: Herausbildung von Gegenöffentlichkeit, Organisationsstruktur und Netzwerkbildung, Mobilisierung von Ressourcen und Protest. Diese Bereiche greifen noch einmal die bislang herausgearbeiteten Erfolgsfaktoren für konfliktorientierte Akteure und die daraus resultierenden Kommunikationsbedürfnisse auf (siehe auch die Übersicht am Ende dieses Abschnitts).

Die Schaffung von *Gegenöffentlichkeit* wurde als zentrale Voraussetzung für die Handlungen politischer und sozialer Herausforderer dargestellt. Wie erläutert wird hier zwischen zwei Ausrichtungen der Gegenöffentlichkeit unterschieden – die alternative Öffentlichkeit, die offensiv dominante Realitätsdarstellungen hinterfragt und über die Herausforderer ihre Konfliktbereitschaft deutlich machen, sowie die partizipative Gegenöffentlichkeit, innerhalb derer die Akteure der Zivilgesellschaft gemeinsame Positionen verhandeln und kollektive Identitäten entwickeln, also die Grundlagen einer Gegenhegemonie aufbauen.

Als grundlegendste Funktion von Öffentlichkeit wurde zunächst die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen identifiziert. Verschiedene Arbeiten haben gezeigt, dass das Internet in Ländern mit eingeschränkter Medienfreiheit selbst bei Zensur und Kontrolle von Netzinhalten zur Diversifizierung des Informationsangebots beiträgt. Vor allem autoritäre Regime, deren Herrschaftslegitimation auf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit basiert, entwickeln widersprüchliche Haltungen zum Internet: einerseits soll die Verbreitung politischer Inhalte verhindert werden, andererseits bieten neue Kommunikationstechnologien ein großes wirtschaftliches Potential und Anschluss an globale Märkte. Zugleich mit dem Ausbau der eigenen Verbindungen zum Internet müssen diese Staaten aufgrund der wachsenden Anzahl und Kompetenz der Anwender immer komplexere Kontrollmechanismen entwickeln. Dies ist nicht nur ressourcenaufwändig, sondern eröffnet versierten Nutzern auch neue Lücken gegenüber der zuvor so sorgfältig gelenkten massenmedialen Be-

richterstattung.³¹ In China beispielsweise liegt der Schwerpunkt der meisten Anwender laut Zheng und Wu nicht auf Unterhaltung, sondern auf der Informationssuche in den Bereichen von Nachrichten, Informatik und Bildung, da das Internet hier reichhaltigere Inhalte als die offiziellen Massenmedien bietet. Den Autoren zufolge hat der verbesserte Informationsfluss über das Internet auch die Kontrollfunktion der öffentlichen Meinung verschärft. So zwangen Debatten im Internet sowie ein per E-Mail an die US-amerikanische Tageszeitung *New York Times* übermittelter Bericht eines Peking-er Arztes die chinesische Regierung, die zuvor alle Informationen in Bezug auf die Ausbreitung der SARS-Pandemie im Land blockiert hatte, zu einem transparenteren Umgang mit der Krankheit.³² In ähnlicher Weise kommunizierten zahlreiche Nutzer des chinesischen Kurznachrichtendienstes Weibo, der ähnlich wie Twitter funktioniert, nach dem Unglück zweier Schnellzüge im Sommer 2011 ihren Unmut über die Informationspolitik und Ineffizienz der Regierung.³³

Gleichwohl ist eine solche Informationsdiversifizierung nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit einer Herausforderung des politischen Systems. Morozov kritisiert ganz richtig, dass der als „*dictator's dilemma*“ bezeichnete Interessenkonflikt zwischen einer Teilhabe an globaler Wirtschaft und der Verhinderung unerwünschter Informationsflüsse keinesfalls zuungunsten autoritärer Machthaber ausgehen muss.³⁴ Die Anpassungsstrategien verschiedener „weicher“ Regime etwa in der arabischen Welt haben gezeigt, dass eine begrenzte Öffnung des Mediensektors die Stellung der Mächtigsten nicht in Frage stellte und mitunter sogar zusätzlichen Legitimationsgewinn bot. Insofern ist es entscheidend, auf welche Art Herausforderer die aus einer flexibleren Kommunikationslandschaft erwachsenden Chancen der Informationsverbreitung für sich nutzen.

Im Sinne des Konzepts der partizipativen Gegenöffentlichkeit eröffnet das Internet neue Möglichkeiten für Meinungsaustausch und Diskussion. Ähnlich wie andere kleine Medien auch gewinnen Internetanwendungen aufgrund ihrer leichten Handhabung und Flexibilität bei autoritärer Kontrolle der Massenmedien an Bedeutung für den internen Austausch zivilgesellschaftlicher Akteure. Krasnoboka beschreibt verschiedene Typen von Onlinemedien (Netzzeitungen, Nachrichtenseiten, Onlineforen sowie Kultur- und Literaturseiten), die in der Ukraine und in Russland von engagierten Journalisten und Amateuren unterhalten werden und speziell der

31 Corrales, Javier/Westhoff, Frank: „Information Technology Adoption and Political Regimes“, in: *International Studies Quarterly* 50 (2006), S. 911-33.

32 Zheng/Wu: *Information Technology*, S. 528ff.

33 „In Baring Facts of Train Crash, Blogs Erode China Censorship“, *The New York Times* (Internetausgabe) vom 28.07.2011.

34 Morozov: *Net Delusion*, S. 93ff.

politisch interessierten Mittelschicht eine Basis für den Informations- und Meinungsaustausch bieten. Beliebtheit und oppositionelle Ausrichtung der Publikationen steigen mit wachsender Zensur der Massenmedien.³⁵ Vor allem Weblogs bieten ein geeignetes Medium für derartige Debatten, da sie eine leichte Verlinkung zu den Beiträgen weiterer Blogger sowie den Inhalten anderer Onlinemedien und somit einen vertiefenden Austausch ermöglichen. Die Teilnehmer dieser Diskussionen können ihre Kompetenzen für eine argumentative Darlegung von Positionen und den Umgang mit anderen Meinungen erweitern. Solche partizipativen Gegenöffentlichkeiten im Internet können dementsprechend die Herausbildung einer von Kritikfähigkeit und Toleranz geprägten politischen Kultur fördern und insgesamt eine Belebung zivilgesellschaftlicher Aktivität unterstützen. Politische und soziale Herausforderer können über diesen internen Austausch gemeinsame Positionen und Strategien erarbeiten, die eine wesentliche Voraussetzung für Konfliktfähigkeit und kollektives Handeln bilden.

Es wurde außerdem gezeigt, dass für die interne und externe Kommunikation von sozialen Bewegungen, die als wichtige Triebkräfte von Wandlungsprozessen gelten, Framing-Prozesse eine zentrale Rolle spielen. Durch unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen identifizieren diese kollektiven Akteure Problemstellungen und Gegner, schaffen bewegungsinternen Zusammenhalt sowie moralische Legitimation für das eigene Handeln und entwickeln Handlungsanweisungen, über die Anhänger und Ressourcen mobilisiert werden können. Die im Internet entstehenden Gegenöffentlichkeiten können das Framing sozialer Bewegungen prinzipiell unterstützen: *„The internet can function as a new medium to expose frames and problem definitions and as a space to create shared meaning and identities among the membership and the constituency [of social movements].“*³⁶ Webseiten und Blogs bieten zugängliche und leicht zu unterhaltende Kommunikationskanäle, über die Herausforderer eigene Deutungsrahmen unter ihrer Anhängerschaft verbreiten. Somit können Prozesse der kollektiven Identitätsbildung gefördert werden, die wiederum eine zentrale Erfolgsbedingung für die Handlungen konfliktorientierter Akteure bildet.

Mit Wolfsfeld wurde allerdings gezeigt, dass die von Herausforderern entwickelten Frames nicht nur unter der eigenen Anhängerschaft zum Zwecke der Identitätsbildung verbreitet werden müssen, sondern auch in eine größere Öffentlichkeit

35 Krasnoboka, Natalya: „Real Journalism goes Underground: The Internet Underground. The Phenomenon of Online Media in Former Soviet Union Republics“, in: Gazette 64 (5) (2002), S. 479-99.

36 Edwards, Arthur: „The Dutch women’s movement online. Internet and the organizational infrastructure of a social movement“, in: Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G. /Rucht, Dieter (Hg.), Cyberprotest, London/New York: Routledge 2004, S. 161-77, hier S. 166.

getragen, um dort in eine Auseinandersetzung mit den Diskursen dominanter Akteure zu treten. Dies ist der Schritt von der partizipativen zivilgesellschaftlichen Gegenöffentlichkeit hin zu einer alternativen Öffentlichkeit, in der die Positionen von Machthabern delegitimiert und eigene Anschauungen verbreitet werden, somit also Konfliktbereitschaft signalisiert wird. Rucht geht davon aus, dass das Internet die Abhängigkeit sozialer Bewegungen von den Massenmedien verringert und ihnen ein eigenes Mittel der Informationsverbreitung in die Hand gibt. Fraglich ist jedoch, inwieweit Herausforderer allein über das Internet Resonanz in einer größeren Öffentlichkeit erzeugen können, kommen hier doch wieder einschränkende Faktoren wie autoritäre Kontrolle, begrenzte Internetverbreitung und unterschiedliche Nutzungsmotivation der Anwender zum Tragen.

Im Internet verbreitete Botschaften entfalten häufig erst dann einen Effekt, wenn sie von anderen Medien oder einflussreicheren Akteuren aufgenommen werden. Ein oft angeführtes Beispiel für die politische Wirkung des Internets sind die mexikanischen Zapatista-Rebellen, die über eine Kommunikation ihrer Anliegen im Netz weltweite Aufmerksamkeit erlangten. Gleichwohl war dies vor allem auf eine Allianz dieser lokalen Widerstandskämpfer mit der transnationalen Anti-Globalisierungsbewegung zurückzuführen, welche die Zapatistas zu einem Symbol ihrer Forderung nach einer gerechteren Welt machte und ihnen letztendlich Zugang zu etablierten Massenmedien verschaffte.³⁷ Faris wiederum zeigt in einer detaillierten Fallstudie, wie es Bloggern der ägyptischen Baha'i-Gemeinde über Verlinkungen mit den Blogs einiger bekannter Journalisten gelang, der Kritik an ihrer Diskriminierung als religiöse Minderheit mehr Gehör zu verschaffen. Mit einer größeren Leserzahl und Verlinkung von Beiträgen fungierten die Blogs der Journalisten dabei als Knotenpunkte, über welche die Belange der Baha'is in der Blogosphäre Verbreitung fanden, schließlich in die Presse gelangten und Druck auf politische Entscheidungsträger ausgeübt werden konnte.³⁸

Es ist davon auszugehen, dass die alternativen Gegenöffentlichkeiten des Internets in autoritären Systemen vor allem innerhalb von Bildungs- und Informations- eliten, die sich durch eine hohe und aktive Nutzung des Internets auszeichnen, Resonanz entfalten. Gleichwohl bringen diese sozialen Gruppen wichtige Meinungsführer hervor, welche die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen oder oppositionellen Bewegungen prägen. Mit der zunehmenden Verbreitung des Internets besonders unter der jungen Bevölkerung (wie z. B. in Iran oder Tunesien) steigert sich seine

37 Hafez: Mythos, S. 156; Winter, Rainer: Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation, Bielefeld: transcript 2010, S. 99.

38 Faris, David: „(Amplified) Voices for the Voiceless“, in: Arab Media and Society 11 (Summer) (2010).

Reichweite noch. Ebenso wie die Rolle anderer Medien in Transformationsprozessen von den Verbindungen zwischen Journalisten und Opposition bzw. Zivilgesellschaft bestimmt wird, hängen öffentliche Wirkungen des Internets von einer Übereinstimmung zwischen den Anschauungen und Zielen von Herausforderern und denen der aktiven Internetnutzer ab.

In Zeiten politischer Krisen können sich die über das Internet gebildeten Gegenöffentlichkeiten zusätzlich ausweiten und an Intensität gewinnen. In Indonesien bildeten bereits 1998 während des Sturzes von General Suharto Mailinglisten ein Kommunikationsmittel oppositioneller Studenten, die auf diesem Wege eine Mischung aus Berichten in- und ausländischer Zeitungen, persönlichen Kommentaren und Gerüchten verbreiteten und dabei auch Exilindonesier und internationale Menschenrechtsgruppen einbezogen.³⁹ Ähnlich funktionierte während der „Tulpenrevolution“ 2005 in Kirgisistan nach der Blockierung kritischer Medien ein Weblog als zentraler Informationsverteiler. Politische Motivation für die Auswahl der Beiträge war die Opposition zu Präsident Akajew, nach dessen Rücktritt der Blog wieder eingestellt wurde.⁴⁰ Vergleichbare Verwendung fanden Mailinglisten, Blogs und YouTube-Videos im Jahr 2007 auch in Pakistan, wo Präsident Musharraf aufgrund der wachsenden Herausforderung durch eine Bewegung regierungskritischer Anwälte den Notstand ausrief und privaten Fernsehstationen Sendeverbot erteilte.⁴¹

In derartigen Phasen der akuten Politisierung und Mobilisierung von Teilen der Gesellschaft gewinnt zudem ein über neue Kommunikationstechnologien praktizierter Bürgerjournalismus an Bedeutung. Während der Proteste gegen das Militärregime in Burma 2007 beispielsweise unterwanderten Blogger die staatliche Medien- und Internetzensur, stellten Fotos und Amateurvideos der demonstrierenden Mönche ins Internet, von wo aus sie von internationalen Medien aufgenommen wurden.⁴² Im Zuge der Wahlkrise in Iran sowie in Ägypten und Tunesien bildeten per Mobiltelefon aufgenommene Amateurvideos eine wesentliche Grundlage der Nachrichten etablierter Medien, die nicht mehr ungehindert aus den jeweiligen Ländern berichten konnten. Im Fall der Umbrüche in den arabischen Ländern war es vor allem der Satellitensender Al-Jazeera, der dem Bildmaterial und den Bot-

39 Hill, David/Sen, Krishna: „The Internet in Indonesia’s New Democracy“, in: Ferdinand, Peter (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London: Frank Cass Publishers 2000, S. 119-36.

40 Kulikova, Svetlana V./Perlmutter, David D.: „Blogging Down the Dictator? The Kyrgyz Revolution and Samizdat Websites“, in: *Gazette* 69 (1) (2007), S. 29-50.

41 Yusuf, Huma: „Old and New Media: Converging During the Pakistani Emergency“, MIT Centre for Civic Media 2009.

42 Chowdhury, Mridul: „The Role of the Internet in Burma’s Saffron Revolution“, Harvard University: Berkman Center for Internet and Society 2008.

schaften aus dem Internet deutlich mehr Tragweite verlieh. Auch hier beruhten die Effekte der online erzeugten Gegenöffentlichkeit auf der Verstärkung durch andere Medien. Insgesamt wird somit mehr Transparenz in die Handlungen autoritärer Regime gebracht, die einer genaueren Beobachtung durch die kleinen flexiblen Medien des digitalen Bürgerjournalismus unterliegen. Daraus können neue Gelegenheiten für konfliktorientierte Akteure entstehen, etwa indem Risse und Uneinigkeiten in der Machtelite offensichtlicher werden.⁴³ Lynch weist außerdem darauf hin, dass die durch Amateuraufnahmen dokumentierte und durch Massenmedien übertragene Unterdrückung von Protesten in den arabischen Ländern die Kosten von Repression erhöhte. Die Bilder der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen verstärkten den internationalen Druck auf das jeweilige Regime.⁴⁴ In Ägypten und Tunesien, deren Herrschaftseliten von westlicher Unterstützung abhängig waren, hatten diese „Bumerang-Effekte“ durchaus Wirkung. International isolierte Regime wie Iran und Syrien hingegen zeigten weniger Zurückhaltung bei der Unterdrückung von Protesten, obwohl auch hier Amateurvideos viel Dokumentationsmaterial lieferten.

Nachdem potentielle Funktionsleistungen von onlinebasierten Gegenöffentlichkeiten für die Informationsverbreitung, Meinungsbildung und kommunikative Herausforderung durch konfliktbereite Akteure diskutiert worden sind, geht es nun um mögliche Auswirkungen des Internet auf deren *Organisationsstruktur und Vernetzung*. Sowohl die Herausbildung einer kohärenten Organisation als auch die Schaffung flexibler, gegebenenfalls transnationaler Netzwerke wurden als wichtige Erfolgsfaktoren für die Handlungen konfliktorientierter Gruppen hervorgehoben. Da eine Organisierung von Opposition in autoritären Systemen oftmals nur begrenzt möglich ist, gewinnen soziale Bewegungen hier eine besondere Bedeutung. Arbeiten zu sozialen Bewegungen und Internet stellen zwischen beiden eine Art „Wahlverwandtschaft“ fest: Sowohl soziale Bewegungen als auch das Internet seien als offene und horizontale Netzwerke konzipiert, die unterschiedlichste Formen der Beteiligung ermöglichen. Van de Donk et al. weisen darauf hin, dass gerade neuere soziale Bewegungen auf eine hohe Diversität und Dezentralisierung Wert legen und häufig ohne Führungsfiguren bestehen. Insofern gehen die Autoren ganz richtig davon aus, dass sich derartige Bewegungen die neuen Kommunikationstechnologien bereitwillig aneignen, da diese ihren organisatorischen Bedürfnissen und ideologischen Ansprüchen gerecht werden. Demnach bildet das Netz keinen simplen Ersatz für traditionelle Medien, die den Bewegungsakteuren aufgrund bestimmter Faktoren versperrt bleiben, sondern bietet neue Formen und Gelegenheiten der Organisa-

43 Aday, Sean/Farell, Henry/Lynch, Marc/Sides, John/Kelly, John: „Blogs and Bullets. New Media in Contentious Politics“, Washington: United States Institute of Peace 2010.

44 Lynch: After Egypt, S. 305.

tion und Mobilisierung. Dabei beeinflusse das Internet die sozialen Bewegungen in demselben Maße wie diese die Entwicklung seiner Anwendungsformen, müssen sie sich doch das technische Potential des Mediums erst aneignen und für ihre Zwecke nutzbar machen.⁴⁵

Edwards beschreibt anhand des Fallbeispiels der niederländischen Frauenbewegung „virtuelle Organisationen“ als eine zusätzliche Ebene der Bewegungsorganisation, die durch das Internet erschlossen wird. Demnach bieten Informationsportale und Webseiten ein Forum für soziale Kontakte unter den Aktivistinnen und Anhängern der Bewegung und zeigen Möglichkeiten der Selbsthilfe und Eigeninitiative auf.⁴⁶ Solche internetbasierten Organisationsformen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus erleichtern die Entstehung von Netzwerken mit großer geographischer Ausdehnung. Gleichzeitig wird die Intensität der Kontakte unter den einzelnen Bewegungsmitgliedern erhöht und Hierarchien flachen ab. Auf Basis geteilter Interessen und Werte können sich temporäre Allianzen zwischen einzelnen Bewegungen bilden.⁴⁷ Nicht zuletzt erwarten van de Donk et al., dass die bessere Verständigung über das Internet sozialen Bewegungen schnellere und kohärentere Reaktionen auf politische Gelegenheiten und die Handlungen ihrer Antagonisten ermöglicht: „...we would expect that action and reaction follow each other in even shorter cycles, and the speed of diffusion of new ideas, tactics and arguments will increase considerably“.⁴⁸ Die Nutzung sozialer Netzwerke während der Proteste in Tunesien und Ägypten scheint diese Annahme zu bestätigen: zumindest ein Kern von Aktivisten konnte sich per Facebook über geplante Aktionen abstimmen und somit ihre Handlungseffizienz erhöhen.⁴⁹

Vor allem auf transnationaler Ebene fördert das Internet die Ausdehnung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Individuen mit geteilter Zielstellung und Motivation vernetzen und ihnen unterschiedliche Möglichkeiten der Beteiligung bieten. Beutz-Land beschreibt in diesem Zusammenhang für den Bereich des Menschenrechts-Aktivismus drei Formen der Onlineaktivität: zum einen die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen, zum Beispiel über Internet-Plattformen, auf die Amateurvideos zur Dokumentation von Menschenrechtsvergehen geladen werden können (z. B. WITNESS). Zum anderen bündeln Organisationen wie Avaaz.org im Internet die Beiträge einzelner Beteiligter weltweit und verleihen ihnen mehr

45 Donk/Loader/Nixon/Rucht (Hg.): Cyberprotest, S. 4ff.

46 Edwards: Dutch women, S. 175

47 Donk/Loader/Nixon/Rucht (Hg.): Cyberprotest, S. 19.

48 Ebd. S. 11.

49 Lynch: After Egypt. Vgl. dazu auch: Faris, David: „Revolutions Without Revolutionaries? Network Theory, Facebook, and the Egyptian Blogosphere“, in: Arab Media and Society 6 (September) (2008).

Wirkungskraft, etwa über den Aufruf zu Petitionen oder Spenden. Und schließlich ermöglichen Projekte wie Ushahidi die kollaborative Produktion von Berichten über Krisenverläufe und Menschenrechtsvergehen. Per SMS-Nachricht oder E-Mail eingereichte Meldungen werden dabei auf einer Plattform im Internet zusammengestellt, auf Landkarten visualisiert und bereiten so ein effektiveres Handeln vor.⁵⁰

Während derartige Internetinitiativen eine breite, meist sehr kurzfristige und themenzentrierte Involvierung von Teilnehmern ermöglichen, bleibt die Qualität und Nachhaltigkeit der einzelnen Beiträge fraglich. In diesem Zusammenhang wurde wiederholt diskutiert, ob die „schwachen“ sozialen Verbindungen im Internet tatsächlich das für politisches Handeln notwendige Vertrauen zwischen den Aktivist:innen und deren Motivation fördern. Hemmend auf die Konfliktfähigkeit von Bewegungen würde hier der so genannte „slacktivism“ wirken, also die Beschränkung des Aktivismus auf wenige Mausklicks und Informationsverteilung im Internet, ohne dass eine Übertragung in die soziale Realität stattfindet.⁵¹ Beutz-Land geht davon aus, dass dieses Dilemma zwischen breiter Mobilisierung und tiefer sinnvoller Partizipation durch die Verbindung kleiner Gruppen motivierter Aktivist:innen zu größeren Netzwerken überwunden werden kann, die wiederum von Internetkommunikation getragen werden. Die direkte Involvierung und das Bewusstsein um die eigene Rolle innerhalb der Bewegung stärken somit die Überzeugung der einzelnen Beteiligten: *„Participants who take part in determining a group's goals and methods are more likely to make significant contributions, to contribute in meaningful ways, and to involve other individuals from their social network.“*⁵² In autoritären Systemen können solche Netzwerke konfliktorientierte Akteure flexibler gegenüber den Auswirkungen staatlicher Repression machen und ihnen neue Wege der Ausgestaltung kollektiver Identität und Solidarität eröffnen. Die Verbindungen zu transnationalen Initiativen und Organisationen erschließen ihnen zusätzliche Kenntnisse, Ressourcen und Unterstützung. Unklar ist allerdings nach wie vor, inwieweit derartige über Onlinekommunikation getragene Netzwerke von Herausforderern im Laufe ihrer Entwicklung auch eine organisatorische Verfestigung erfahren, die zu einer Steigerung ihrer politischen Konflikt- und Gestaltungsfähigkeit führen könnte.⁵³

Nach möglichen Auswirkungen des Internets auf die Bildung von Gegenöffentlichkeiten und die interne Struktur von kollektiven Herausforderern bestehender Macht- und Verteilungsverhältnisse sollen abschließend potentielle Beiträge zur politischen *Mobilisierung* diskutiert werden. Wie erläutert stellt die Mobilisierungsfä-

50 Beutz-Land, Molly: „Networked Activism“, in: Harvard Human Rights Journal 22 (2009), S. 205–43, hier S. 217ff.

51 Gladwell: Small Change; Morozov: Net Delusion, S. 179ff.

52 Beutz-Land: Networked Activism, S. 221.

53 Lynch: After Egypt, S. 305.

higkeit von Anhängern und Unterstützung einen weiteren wichtigen Faktor dar, durch den die Konfliktfähigkeit von Herausforderern bestimmt wird. Gerade die Protestbewegungen in Nordafrika haben den Mutmaßungen über die Rolle von sozialen Netzwerken und Internetkommunikation bei der Mobilisierung der Demonstrationen erheblichen Aufschwung verliehen. Aufgrund der raschen Abfolge und Komplexität der Ereignisse sind Zusammenhänge indes empirisch nur schwer zu fassen. Im Allgemeinen geht die Forschung zu sozialen Bewegungen und Internet davon aus, dass das Internet traditionelle Formen der Protestkommunikation, wie Mundpropaganda und Telefon zwar unterstützen, jedoch nicht ersetzen kann.⁵⁴

Lynch zufolge liegt ein möglicher Effekt von Internet und sozialen Medien auf die Mobilisierung der arabischen Protestbewegungen darin, dass diese Anwendungen den Aufwand und die Kosten für eine rasche Übermittlung von Informationen verringern, so dass Proteste kleineren Ausmaßes schneller Aufmerksamkeit erhalten und sich potentiell mehr Menschen anschließen würden. Zugleich schafft das Internet bessere Verbindungen unter den Aktivisten, die sonst isoliert agieren würden.⁵⁵ Erste Aufrufe für die meisten Proteste in den arabischen Ländern wurden tatsächlich über Facebook verbreitet. Allerdings stand die Anzahl der Internetnutzer und darunter die der Facebook-Nutzer in keinem Verhältnis zum Ausmaß der Mobilisierung. Hier greifen ganz klar die sozioökonomischen Einschränkungen der Internetverbreitung: Laptops und internetfähige Mobiltelefone werden von einem Teil der gebildeten Mittelschicht genutzt, deren Vertreter zwar eine wichtige Fraktion der Bewegungen stellten, jedoch nicht die große Masse der Demonstranten. Insofern scheint das Internet vor allem die Kommunikation eines Kerns von Aktivisten erleichtert zu haben, die dann über andere Kanäle weitere Teile der Bevölkerung erreichten.⁵⁶

Eine weitere zentrale Hypothese zur mobilisierenden Wirkung der Internetanwendungen wird unter dem Begriff „Informationskaskaden“ zusammengefasst und knüpft im Grunde an die Idee der „Demonstrationseffekte“ grenzüberschreitender Fernsehbilder während der Umbrüche in den osteuropäischen Ländern an. Demnach verhindern autoritäre Staaten eine massenwirksame Mobilisierung vor allem durch Verfälschung der öffentlichen Meinung: aufgrund der kontrollierten Massenmedien wären sich viele Bürger der regimiekritischen Ansichten ihrer Mitmenschen gar nicht bewusst. Über soziale Netzwerke im Internet werde Ablehnung der bestehenden Ordnung durch einzelne Individuen aber deutlicher sichtbar und finde größere

54 Donk/Loader/Nixon/Rucht (Hg.): *Cyberprotest*, S. 18f.

55 Lynch: *After Egypt*, S. 304ff.

56 Tufekci, Zeynep/Wilson, Christopher: „Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations from Tahrir Square“, in: *Journal of Communication* 62 (2012), S. 363-79.

Verbreitung, so dass mehr Menschen zur öffentlichen Demonstration von Opposition und Protest ermutigt werden.⁵⁷ Im Fall von Ägypten merkt Lynch hierzu einschränkend an, dass Unzufriedenheit mit dem Mubarak-Regimes bereits lange zuvor verbreitet und beispielsweise durch die Kifaya-Bewegung Anfang der 2000er Jahre auch öffentlich artikuliert wurde. Seit dieser Zeit bildeten Blogs und später auch Facebook die Basis für Gegenöffentlichkeiten, in denen Kritik an der Regierung und Aufrufe zur Protestmobilisierung verbreitet wurden. Entscheidend für den Ausbruch und den massiven Zulauf zu den Protesten dürften sich neben zahlreichen anderen Faktoren demnach vor allem die Übertragungen von Al-Jazeera erwiesen haben. Gerade das Satellitenfernsehen hatte sicherlich die stärksten Demonstrationseffekte, wie die rasch nacheinander ausbrechenden Proteste in verschiedenen arabischen Ländern sowie die recht ähnlichen Forderungen und Methoden der Demonstranten zeigten. Bei dieser gegenseitigen Orientierung innerhalb der arabischen Welt bildete das Internet ganz ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Inspiration und Vernetzung für eine Fraktion von Aktivisten, trug jedoch nicht die Hauptlast der Protestmobilisierung.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass durch über Internetanwendungen verbreiteten Bürgerjournalismus Informationen über politisches Fehlverhalten, Korruption und Willkür autoritärer Machthaber einer immer größeren Zahl von Internetnutzern zugänglich gemacht werden. Dadurch sind deren Handlungen potentiell einer verstärkten Transparenz und Rechenschaftspflicht unterworfen. Etling et al. zufolge werden somit immer mehr Menschen Mitglieder in latenten politischen oder sozialen Gemeinschaften, die Teilhabe an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft einfordern. Kann dieser Bedarf an politischer Artikulation und Einflussnahme aufgrund der autoritären Kontrolle von zivilgesellschaftlicher Aktivität nicht kanalisiert werden, so könnten spontane Ausbrüche von Protest zu bestimmten Anlässen steigen: „... *we may see an upturn in bottom-up spontaneous protests focusing on specific high-profile issues, local events and the most visible abuses of power*“.⁵⁸ Demnach fördert das Internet durch seine hohe Übertragungsgeschwindigkeit und die netzwerkartige Informationsverbreitung vor allem so genannte „*smart mobs*“, also spontane Mobilisierungen zu bestimmten Themen. Die Auswirkungen dieser kurzfristigen Mobilisierungen auf ein autoritäres Regime sind jedoch begrenzt. Sie können sich zwar zu Massendemonstrationen ausweiten und damit das Regime gefährden. Doch wenn eine solche Destabilisierung nicht von konfliktfähigen Akteuren genutzt werden kann, bleibt ein Systemwechsel aus. Die Autoren ge-

57 Lynch: After Egypt, S. 304. Vgl. dazu: Lohmann, Susanne: „The Dynamics of Informational Cascades: The Monday Demonstrations in Leipzig, East Germany, 1989-91“, in: World Politics 47 (1) (1994), S. 42-101.

58 Etling/Faris/Palfrey: Political Change, S. 11.

hen davon aus, dass autoritäre Machthaber zu Anpassungsstrategien gezwungen werden, mit denen sie flexibler auf die Forderungen solcher „*smart mobs*“ reagieren, dahinter stehende Akteure kooptieren oder aber das zur Eindämmung dieser Herausforderung notwendige Repressionspotential entwickeln.⁵⁹

Insofern sind die Effekte einer Mobilisierung von Protest über das Internet ebenfalls abhängig von den Faktoren, welche die Konfliktfähigkeit von Herausforderern prägen: Entscheidend ist, ob hinter den online organisierten Kampagnen kollektive Akteure stehen, die zuvor gemeinsame Positionen, Strategien und Zusammenhalt entwickelt haben, beispielsweise über einen Austausch in den Gegenöffentlichkeiten des Internets. Wichtig für die Konfliktfähigkeit sind zudem Führungsfiguren und Organisationsstrukturen der Herausforderer, die wiederum anfälliger für autoritäre Repression sind und kaum durch die offenen Netzwerke des Internets ersetzt werden können. Mit immer komplexeren Filtermechanismen können Schlüsselfiguren von Oppositionsbewegungen online leicht überwacht und identifiziert werden. Anonymität und wechselnde Internetadressen reduzieren indes die Tragweite und Überzeugungskraft der im Netz verbreiteten Botschaften von Bewegungsakteuren und damit auch deren Mobilisierungsfähigkeit.⁶⁰ In einer ersten Analyse der arabischen Umbrüche geht Lynch dementsprechend davon aus, dass die zentralen Vorteile der online mobilisierten Protestbewegungen zugleich auch deren Schwäche waren. Zwar zeigten sie sich aufgrund ihrer netzwerkartigen Struktur zunächst weniger anfällig für Repression, konnten jedoch kaum den notwendigen Einfluss und die organisatorische Kohärenz aufbringen, um Gestaltungsmacht für einen System- und Elitenwechsel auf politischer Ebene zu entfalten.⁶¹

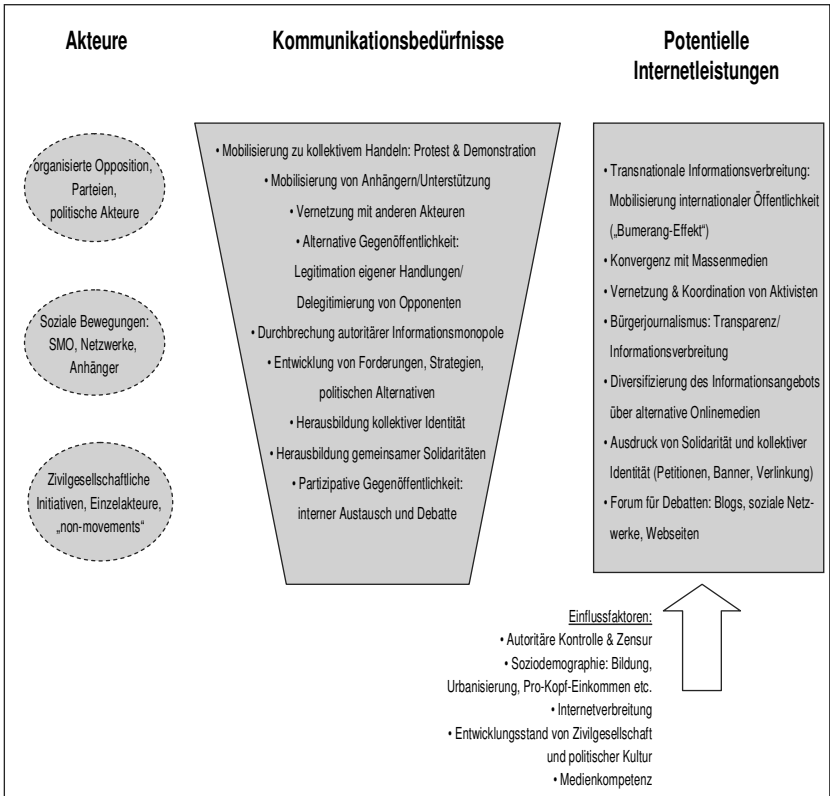
Das nachfolgende Schaubild fasst die Diskussion möglicher Leistungen des Internets bei Erfüllung der Kommunikationsbedürfnisse konfliktorientierter Akteure noch einmal zusammen. Abhängig von der Konfliktbereitschaft und dem politischem Machtanspruch der Herausforderer nehmen diese Bedürfnisse zu.

59 Ebd.

60 Ebd.

61 Lynch: After Egypt, S. 302.

Abbildung 1: Kommunikationsbedürfnisse konfliktorientierter Akteure und mögliche Internetleistungen.



Quelle: Eigene Darstellung

HYPOTHESEN

Ausgehend von der prinzipiellen Frage der Arbeit nach möglichen Beiträgen des Internets zur politischen Transformation und Demokratisierung der Islamischen Republik Iran wurden zunächst theoretische Ansätze zur Erklärung von Wandel und Stabilität autoritärer Systeme dargestellt. Diese liefern die Analyseparameter für eine Untersuchung der politischen Entwicklung Irans und dienen der Identifizierung wichtiger politischer und gesellschaftlicher Akteursgruppen. Gemäß dem von Schubert et al. entwickelten Modell unterscheidet diese Arbeit zwischen strategischen und konfliktorientierten Gruppen, die in Bezug auf Macht- und Verhältnisse in einer Gesellschaft gegensätzliche Interessen vertreten. Der Zusammenhalt der strategischen Gruppen in der Herrschaftskoalition, ihre Repressionsbe-

reitschaft, Legitimations- und Leistungsfähigkeit definieren die Stabilität des autoritären Systems sowie die Handlungsspielräume veränderungswilliger Akteure. Risse in der Machtelite und Legitimationskrisen des Regimes ermöglichen eine Herausforderung der bestehenden Ordnung. Sind konfliktorientierte Gruppen bereit, derartige Gelegenheiten und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu nutzen, um eigene Interessen gegen die strategischen Gruppen durchzusetzen, können sie zu wichtigen Förderern gesellschaftlichen Wandels werden. Die Konfliktfähigkeit dieser Herausforderer wird von ihrem Institutionalisierungsgrad, ideologischen Zusammenhalt, der politischen Legitimation in der Bevölkerung und ihrem Mobilisierungspotential bestimmt.

Eine entscheidende Voraussetzung für einen Systemwandel ist die Existenz alternativer Vorstellungen für eine Ausgestaltung der Gesellschaft. Da die Transformationstheorien die Herausbildungsprozesse solcher Alternativen nicht genauer beleuchten, knüpft die Arbeit hier an das Konzept der Zivilgesellschaft an. Diese wird zum einen als Sphäre verstanden, in der unabhängig vom Staat gesellschaftliche Belange formuliert und vertreten werden können. Normativen Vorstellungen zufolge wirkt die öffentliche Thematisierung bestimmter Interessens- und Problemlagen durch zivilgesellschaftliche Akteure korrigierend auf die Politik und fördert insgesamt eine fortschreitende Demokratisierung. Mit Gramsci bildet die Zivilgesellschaft zum anderen aber auch ein Terrain für die Herausforderung dominanter Normen und Herrschaftsvorstellungen, der Hegemonie. Untergeordnete Akteure können hier über die Formierung gemeinschaftlicher Solidaritäten, deren kollektive Organisation und letztendliche Übertragung auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene grundlegende Veränderungen erreichen. Solcherart bildet die Zivilgesellschaft letztlich einen wichtigen gesellschaftlichen Rückhalt für konfliktorientierte Gruppen auf politischer Ebene. Als zentrale Akteure der Zivilgesellschaft wurden schließlich soziale Bewegungen identifiziert, die sich als offene Netzwerke um kollektive Zielstellungen bilden und über die Thematisierung neuer Werte und Ideen gestaltend auf Gesellschaft und Politik wirken. Mit einer flexiblen Struktur sind soziale Bewegungen vor allem in autoritären Systemen von Bedeutung, da hier formell organisierte Formen zivilgesellschaftlicher bzw. politischer Aktivität einer mehr oder weniger ausgeprägten autoritären Kontrolle unterliegen.

Der zweite Teil des Theoriekapitels beschäftigte sich mit der Rolle von Kommunikation in politischen Wandlungsprozessen. Die Konzepte von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit verdeutlichten die Aufgaben und Bedeutung von Medien bei der Interessensregulierung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren. Aus demokratiethoretischer Hinsicht liegen die essentiellen Funktionen von Öffentlichkeit in der Vermittlung von Informationen, der Kritik und Kontrolle politischen Handelns und der freien Meinungsbildung. Die normativen Vorstellungen einer offen zugänglichen Sphäre des rationalen Austauschs unterliegen allerdings diversen Einschränkungen. Bleibt unterprivilegierten Akteuren der Zugang

zur Öffentlichkeit versperrt, können sie über die Nutzung alternativer Medien Gegenöffentlichkeiten schaffen. Hier werden einerseits eigene Identitäten und Forderungen herausgebildet und debattiert, andererseits aber auch durch die Verbreitung widerständiger Positionen dominantere Realitätsdarstellungen herausgefordert.

Weiterhin wurde gezeigt, dass Kommunikation ein essentieller Bestandteil politischer Auseinandersetzungen ist. Dabei konkurrieren die beteiligten Akteure sowohl um den Zugang zu Medien und Öffentlichkeit als auch die Bedeutung der übermittelten Botschaften. Da Herausforderer kaum Zugriff auf staatliche Institutionen und deren Ressourcen haben, müssen sie über eine wirksame Kommunikation ihrer Anliegen Einfluss geltend machen. Nur so können sie Aufmerksamkeit erzeugen, Unterstützung gewinnen und Anhänger mobilisieren. Gleichzeitig spielt Kommunikation eine essentielle Rolle für den internen Zusammenhalt von konfliktorientierten Akteuren, die sich permanent über gemeinsame Ziele und Strategien verständigen und eine belastbare kollektive Identität entwickeln müssen. Somit werden Kommunikationsbedürfnisse deutlich, die die Erfolgskriterien des SKOG-Modells für konfliktorientierte Akteure ergänzen und vertiefen. Um programmatische Alternativen und kollektive Identitäten zu entwickeln, das eigene Handeln zu legitimieren und Anhänger zu gewinnen, leisten Herausforderer eine komplexe Symbolarbeit, mit der sie gesellschaftliche Realitäten deuten und Sinnzusammenhänge entwickeln; ein Prozess, der als *Framing* bezeichnet wird. Letztlich muss ein konfliktorientierter Diskurs sowohl Problemdefinitionen, moralische Wertungen und Delegitimierungen der Gegner liefern als auch Lösungsvorschläge und Anreize zu kollektivem Handeln.

Die Bilanz der bisherigen Erkenntnisse zur Rolle von Medien in Transformationsprozessen hat gezeigt, dass in autoritären Systemen, wo Massenmedien und Öffentlichkeit einer mehr oder weniger starken Kontrolle durch die strategischen Gruppen der Herrschaftselite unterworfen sind, konfliktorientierte Herausforderer häufig so genannte kleine Medien genutzt haben, um Informationsmonopole zu unterwandern und Gegenöffentlichkeiten zu bilden. Transnationale Massenmedien wie das Satellitenfernsehen sorgten außerdem für Demonstrationseffekte, wodurch die Dynamik einmal eingeleiteter Umbrüche mitunter zusätzlich verstärkt werden konnte. Als wichtige Faktoren, welche die Wirkungen von Medien in Transformationsprozessen prägen, wurden neben dem Grad der autoritären Kontrolle auch der Entwicklungsstand von Zivilgesellschaft, politischer Kultur und Medienkompetenz sowie die Beziehungen zwischen Medien und Journalisten einerseits und den konfliktorientierten Gruppen der Opposition andererseits identifiziert.

Auf dieser Grundlage beruhen denn auch die Erwartungen an das Demokratisierungspotential des Internets. Mit hoher Flexibilität, preiswerter Nutzung, transnationaler Reichweite, Interaktivität und Informationsvielfalt vereint das Internet wichtige Eigenschaften großer und kleiner Medien und erscheint somit als ideales Kommunikationsmittel für politische Herausforderer. Durch die fortschreitende

Entwicklung der Anwendungen des Web 2.0, wie Blogs und soziale Medien, ist es zudem immer leichter geworden, eigene Inhalte zu erstellen und thematische Netzwerke zu bilden. Gleichwohl haben die bisherigen Erkenntnisse verschiedene Einschränkungen gezeigt, der die Nutzung des Internets in autoritären Systemen unterliegt. Diese reichen von den unter dem Begriff des „digitalen Grabens“ zusammengefassten Faktoren wie Infrastruktur, Zugang, Bildung und Medienkompetenz über Zensur und direkte Einflussnahmen durch den autoritären Staat bis hin zu und netzspezifischen Dynamiken bei der Entstehung von Onlineöffentlichkeit. Folglich ist davon auszugehen, dass in autoritären Staaten eine begrenzte Informationselite als Teil der urbanen und technisch aufgeschlossenen Mittelschicht das Internet in einer für politische Veränderungen relevanten Art und Weise nutzen kann. Allerdings ist gerade diese soziale Gruppe aufstiegswilliger und gebildeter Akteure besonders an politischem Wandel interessiert und bringt Meinungsführer hervor, denen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung systemkritischer Diskurse zufällt. Dabei stehen diese Anwender dem autoritären Staat gegenüber, der einerseits nachteilige Nutzungen des Internets einzudämmen sucht, andererseits dieses Medium auch zur Stärkung der eigenen Position einsetzen kann. Insofern eröffnet das Internet neue Möglichkeiten der Auseinandersetzung zwischen konfliktorientierten und strategischen Gruppen.

Auf Basis dieser theoretischen Vorüberlegungen können Aussagen über mögliche Leistungen des Internets bei Erfüllung der Kommunikationsbedürfnisse von politischen Herausforderern getroffen werden. Diese werden in Form von Arbeitshypothesen formuliert, welche die Analyse des Fallbeispiels Iran leiten sollen.

Internetanwendungen fördern die Entstehung von Gegenöffentlichkeiten: Für entsprechend motivierte Nutzergruppen eröffnet das Internet bei erfolgreicher Umgehung der autoritären Zensur und Kontrolle ein Informationsangebot, das im Vergleich zu den Massenmedien von größerer Vielfalt geprägt ist. Webseiten, Blogs und soziale Netzwerke ermöglichen einen freieren Informations- und Meinungsaustausch, der zu einer Pluralisierung der erhältlichen Perspektiven und Standpunkte beiträgt. Die Informationsverbreitung über das Internet unterwirft die politischen Machthaber einer verstärkten Transparenz, so dass die Kritik- und Kontrollfähigkeit der Zivilgesellschaft gegenüber dem autoritären Staat steigt. Zudem können unter zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie politisch interessierten Internetanwendern Diskussionen entstehen, in denen sich gemeinsame Ansichten herausbilden und eine politische Kultur der rationalen Debatte gefördert wird. Darüber hinaus können politische Herausforderer mittels eigener Onlinemedien zu alternativen Deutungen der politischen und sozialen Realität sowie entsprechenden Problemdefinitionen, Lösungsvorschlägen und Handlungsstrategien finden. Somit können sie eigene, richtungsweisende Vorstellungen für die Zukunft der Gesellschaft entwickeln. Der-

artige durch Onlinekommunikation ermöglichte *Framing*-Prozesse festigen zuallererst bewegungsintern die kollektive Identität von Herausforderern. Um jedoch in einer größeren Öffentlichkeit Resonanz zu erzielen und somit Konfliktorientiertheit auch extern deutlich zu machen, reichen Internetanwendungen allein nicht aus und müssen durch andere Kommunikationskanäle erweitert werden (klassische kleine Medien, Presse, transnationale Massenmedien, Demonstrationen, Kampagnen oder Proteste).

Das Internet eröffnet Herausforderern neue Formen der Organisation und Vernetzung: Die Kommunikation über das Internet intensiviert die Kontakte unter politischen und gesellschaftlichen Herausforderern und verbessert deren internen Austausch. Online entstehende Kommunikationsnetzwerke ermöglichen eine direktere Einbindung und Beteiligung einzelner Aktivisten und Anhänger. Hierarchien werden somit abgeflacht und die Bedeutung einzelner Führungspersönlichkeiten sinkt. Besonders soziale Bewegungen mit einer offenen und flexiblen Struktur finden im Internet ein geeignetes Kommunikationsmedium zur Unterstützung ihrer Aktivitäten, so dass hier quasi eine wechselseitige Beeinflussung stattfindet: Aktivisten prägen Internetanwendungen entsprechend ihrer Bedürfnisse; das Internet mit seinen Möglichkeiten stimuliert wiederum neue Formen kollektiven Handelns. Webseiten, Blogs und soziale Medien eröffnen somit neuartige Ausdrucksmöglichkeiten von gemeinschaftlicher Solidarität (z. B. Banner, Wissensverbreitung, Verlinkungen, thematische Netzwerke) und Herausforderung (Onlinepetitionen, Hacken von Webseiten). Soziale Bewegungen können schneller auf veränderte politische Gelegenheiten reagieren und sind weniger anfällig für autoritäre Repression. Zudem ermöglicht das Internet eine bessere Anbindung lokaler Aktivisten an transnationale Organisationen, über die zusätzliche Ressourcen und Unterstützung erschlossen werden können. Auch die Verbindungen zwischen exilierten Aktivisten und ihren Heimatländern werden über das Internet verbessert. Insgesamt stärkt die Internetkommunikation somit die Flexibilität, Widerstandsfähigkeit und interne Diversität von kollektiven Herausforderern. Die Auswirkungen des Internets auf die Herausbildung fester organisatorischer Strukturen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit konfliktorientierter Akteure darstellen, sind allerdings begrenzt.

Das Internet hat als Mittel politischer Mobilisierung nur begrenzte Wirkung: Die Reichweite der Internetkommunikation von politischen Herausforderern über ihre unmittelbare Anhängerschaft hinaus wird durch die Faktoren des digitalen Grabens und autoritäre Internetzensur eingeschränkt. Zugleich kann der staatliche Repressionsapparat die Übersetzung von online entwickelten Solidaritäten in realen Aktivismus eindämmen. Die Mobilisierung der Bevölkerung zu Demonstrationen und

Protest unterliegt dem Einfluss zahlreicher Faktoren: auslösende Ereignisse, Verhalten von Regierung und politischen Akteuren, Einfluss von oppositionellen Führungspersonlichkeiten, Rolle anderer Mittel der Protestkommunikation wie Mundpropaganda oder Telefon sowie Berichterstattung der Massenmedien. Das Internet allein kann diese Faktoren nicht aufwiegen, sondern bestenfalls positiv ergänzen und dient daher eher der Abstimmung und Motivierung eines zentralen Aktivistenmilieus. Erleichtert werden somit vor allem spontane, kurzfristige und themenzentrierte Kampagnen oder Protestmobilisierungen. Allerdings eröffnet die transnationale Reichweite des Internets eine zusätzliche Dimension für die Mobilisierung von Unterstützung und Ressourcen: zivilgesellschaftliche Akteure können über das Internet eine internationale Öffentlichkeit ansprechen und auf Basis tragkräftiger Normen (z. B. Menschenrechte) Druck auf die eigenen Herrschaftseliten ausüben.

